

DIESE WOCHEN - Nationalrat Filippo Leutenegger über die vielen Probleme der SRG mit dem Service public. 2

SERVICE & BERATUNG - Der überraschende Rumäne: Der Dacia Duster dCi ist ein preiswerter Geländewagen. 6

KMU-PORTRÄT - Der innovative Waadtländer Brettschichtholz-Spezialist Ducret Orges AG sorgt für Aufsehen. 9

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DI E MEINUNG



Henrique Schneider,
Politischer Sekretär
des sgv

Die Fehler der Stromwirtschaft

Die Stromwirtschaft versucht es schon wieder: Hinterlistig bringt sie trotz grossen Gewinnen Strompreiserhöhungen ins Gespräch – und dies obwohl die Regulierungsbehörde Elcom dieses Jahr bereits drei Mal von der Notwendigkeit von Tarifsenkungen sprach!

Die Begründung für die Erhöhung ist dabei immer gleich fadenscheinig. Die Strommonopolisten sagen, sie müssen vermehrt investieren. Dabei kehren sie die betriebswirtschaftliche Logik um: es ist, wie wenn ein Bäcker vom Kunden verlangt, für den Backofen zu bezahlen, bevor die Brote gebacken sind. Ein KMU investiert, um später Gewinne zu machen; die Stromwirtschaft verlangt hingegen von den Kunden, für die Investition im Voraus zu bezahlen. Die Gewinne werden selbstredend auch eingesackt. Die Rechenschieberturner der Stromwirtschaft wälzen ihre Risiken auf die Kunden ab. Warum? Weil sie aus ihrer Machtposition heraus argumentieren. Wenn Axpo-Chef Heinz Karrer sagt, dass eine Strompreiserhöhung im 2011 von sieben Prozent «vertretbar» ist, dann zeigt er damit, wie weit er von der wirtschaftlichen Realität abgehoben ist. Stromintensive KMU, etwa Schreinereien, Bäckereien oder Detailhandelsgeschäfte hadern mit den bereits hohen Preisen. Heute schon ist die gewerbliche Kilowattstunde in der Schweiz teurer als in Deutschland, Schweden oder Frankreich. Kämen die 1,2 Rappen, welche die Strommagnaten noch erheischen wollen, dazu, wären die Konsequenzen mehr als schmerzhaft.

Wenn der Strompreis um einen Rappen erhöht wird, entstehen etwa 15 Millionen Franken Mehrkosten für das Gewerbe. Diese Gleichung bedeutet auch, dass mit der Verteuerung der Strompreise Arbeitsplätze abgebaut und Investitionen sowie Innovationen zurückgefahren werden. Der Strompreis ist ein wichtiger Standortfaktor der Schweizer Wirtschaft und für viele KMU von eminenter Bedeutung. Deshalb wird sich der sgv für eine günstige Versorgung engagieren und dabei gerne den Ärger der Strombarone in Kauf nehmen. Die von der Gewerbekammer 2008 verabschiedete Resolution für günstige Strompreise ist deshalb aktueller denn je. Im Laufe dieses Jahres hat der sgv die Zügellosigkeit der Stromwirtschaft wiederholt angeprangert. Damit konnte der sgv sowohl die Elcom wie auch das Bundesamt für Energie zu wichtigen Entscheidungen für niedrige Strompreise bewegen. Davon profitieren KMU, Konsumenten und die gesamte Schweiz.

UMWELTVORSCHRIFTEN - Das von Rot-Grün dominierte Bafu plant eigenmächtig einschneidende Praxisverschärfungen und schreckt dabei auch vor üblen Tricks nicht zurück.

Stunde der Öko-Bürokraten

«Wir sagen der Wirtschaft schon, was Umweltschutz ist.» Bruno Oberle, Direktor des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) hat genaue Vorstellungen, von dem, was er will. Um seine Ziele zu erreichen, mag er auch von totalitären Massnahmen nicht zurückzuschrecken. Zuerst kam das Amt mit dem berüchtigten Fünfjahresplan, wie er nur noch in Nordkorea erstellt wird und in dem die über 70 geplanten Gesetzesverschärfungen aufgelistet werden. Und jetzt ist das Bafu so weit, keine ordentlichen Anhörungen mehr durchzuführen. Mehr noch: Das Bafu erhebt den Anspruch, nicht nur der Wirtschaft, sondern sogar den eidgenössischen Räten vorzugeben, was sie denken müssen. Schockierend? Nicht ganz – eher raffiniert! Und passt bestens zur listreichen Politik, die Moritz Leuenberger trotz Rücktritt noch bis Ende Jahr weiterführen will.

Fremdes Recht als Basis

Es begann scheinbar harmlos: Im Frühling flatterten in die Häuser die Unterlagen der Anhörung zur Aarhus-Konvention. Die Ratifizierung dieses internationalen Vertrages (!) bewirkt ja, dass jedes Schweizer Unternehmen wichtige Betriebsgeheimnisse offenlegen muss, wenn irgendeine Einzelperson oder Firma eines anderen Staates dies verlangt. Das ist für eine wissensbasierte KMU-Wirtschaft nicht akzeptabel, deswegen leisteten der sgv und andere Dach- und Branchenverbände gegen die Ratifizierung massiven Widerstand. Das Anhörungsverfahren zur Aarhus-Konvention ist bis dato noch nicht beendet; das Bafu veröffentlichte bisher weder einen Bericht noch gab es eine Empfehlung zuhanden des Bundesrates ab. Das heisst, die be-



Bafu-Boss Bruno Oberle (hier an der 6. Ministerialkonferenz «Umwelt für Europa»): «Wir sagen der Wirtschaft schon, was Umweltschutz ist.»

rühmte Konvention wird noch überprüft. So ruht dieses Kapitel gemächlich vor sich hin...

Doch die Ruhe ist trügerisch, denn vor Kurzem erst eröffnete das Amt die Anhörung zur Espoo-Übereinkunft, die noch den bombastischen Namen «Umweltverträglichkeitsüberprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen» trägt. Wenn der Fisch beim Kopf zu stinken anfängt, so tut es der «Fisch» des Bafu am Namen. Denn

über die Espoo-Übereinkunft wird Aarhus gleich mitratifiziert!

Skandalöses Vorgehen

Die Perfidie ist eben raffiniert. Die eine Konvention ist noch in der Anhörung und schon kommt eine andere Übereinkunft, welche die Vorgängerin quasi automatisch mit einschliesst. Das heisst konkret, dass das Amt der rot-grünen Unbeugsamen das Ergebnis der ersten Anhö-

rung nicht mehr abwartet und so tut, als ob nichts gewesen wäre. «Das Vorgehen des Bafu ist skandalös und zeigt, wie wenig es sich um die schweizerische Demokratie kümmert», zürnt sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler und doppelt nach: «Ein solches Vorgehen ist typisch für totalitäre Bürokratien. Offenbar ist dies das Selbstverständnis dieses Amtes.» Aarhus und Espoo sind nur kleine Beispiele dafür, wie sich das elefantöse Bafu im Porzellanladen der Demokratie verhält. Anlässlich eines öffentlichen Auftritts zur CO₂-Gesetzrevision gaben hochrangige Angestellte der Öko-Maschinerie offen zu, das Parlament könne nur die Ziele beeinflussen; allfällige Massnahmen würden aber vom Amt dem Parlament diktiert. Man fragt sich vielleicht, warum unsere Volksvertreter nicht selbst über die Reduktionsmassnahmen befinden dürfen? Die Angehörigen des Bafu haben eine verblüffende Antwort parat: «Für Parlamentarier ist das zu kompliziert!»

Wer ist der Souverän?

Als grösster Wirtschaftsdachverband der Schweiz kann der sgv es nicht hinnehmen, dass Prozesse mit Verfassungsrang – beispielweise Anhörungen und Vernehmlassungen – von einzelnen Bundesämtern, die eine besondere Berufung zu spüren angeben, mit Füßen getreten werden. Gewerbedirektor Bigler lässt nicht locker: «Die Schweiz baut auf der ältesten Demokratie der Welt und nicht auf die Diktatur der Öko-Bürokraten. Der sgv bekämpft diese Öko-Bürokratur mit allen Mitteln.»

Henrique Schneider

MEHR ZUM RÜCKTRITT VON
BUNDESRAT LEUENBERGER SEITE 12

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG - sgv setzt sich für ein Ja am 26. September ein.

Das Opfer der Beitragszahler halbieren

Präsident Bruno Zuppiger verheimlicht nicht, dass der sgv das Vorgehen des Bundesrates bei der Sanierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) nicht goutiert. Die Regierung will nämlich plötzlich die Beitragssätze Anfang 2011 anheben, das revidierte Gesetz mit den Leistungsanreizen aber erst später in Kraft setzen. «Der Bundesrat hat die Regeln mitten im Spiel verändert», kritisiert der Zürcher Nationalrat.

Der sgv hofft, dass Bundespräsidentin Doris Leuthard doch noch für eine Korrektur sorgt. Das würde es für den

Verband einfacher machen, sich mit viel Herzblut für die Vorlage einzusetzen, über die das Volk am 26. September entscheidet. «Ein Ja zur Vorlage



«Wir sagen Fehlanreizen und Missbräuchen den Kampf an»: sgv-Präsident Bruno Zuppiger.

des Parlaments ist sowohl im eigenen Interesse der Stimmbürger als auch im Interesse des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Damit kann das Opfer, das die Beitragszahler zu erbringen haben, in etwa halbiert werden.» Der sgv werde eine Kampagne führen, die auch die Emotionen anspricht, betont Zuppiger. Dabei werde der Abbau von Fehlanreizen und Verhinderung von Missbräuchen im Vordergrund stehen. «Mit der Verlängerung der Beitragszeit und der Verkürzung der Bezugsdauer wird der schnelle Wiedereinstieg attraktiver.» Wichtig sei auch eine Verhaltensän-

derung bei den Jungen: «Die heutigen Jugendlichen sind in ihrer Freizeit aktiv und nehmen für Partybesuche extrem weite Anfahrtswege in Kauf. Deshalb ist es nicht abwegig, wenn man ihnen auch im Erwerbsleben mehr Flexibilität und Mobilität abverlangt.» Für Zuppiger haben die Leistungskürzungen bei den Jugendlichen auch eine erzieherische Wirkung: «Niemandem ist langfristig gedient, wenn er sich daran gewöhnt, sich in die Abhängigkeit unseres Sozialstaats zu begeben.» Lu

BERICHT SEITE 6